

Geschäftsführung:
Fachdienst Bauservice

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 24.06.2026

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Michael Dregger CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Daniel Kahler CDU

Ratsfrau Fabiola Ferber SPD

Ratsherr Jamel Hellwig SPD

Vertreter für Zweiter
Stellvertretender Bürgermeister
Dirk Franke

Ratsherr Thomas Rösner AfD

Ratsherr Thomas Staubach AfD

Ratsfrau Ramona Ullrich SPD

Erster Stellvertretender Bürgermeister Christoph Weiland CDU

Vertreterin f. Gordan Dudas
Vertreter für Ratsherrn Meyer

Herr Carsten Glänzel SPD

Herrn Philipp Kallweit SPD

Herr Peter Klischat CDU

Herr Frank Mentzel FDP

Vertreter für Ratsherrn Holzrichter

Herr Oliver Neuhoff AfD

Herr Felix Stenda Die Linke

Herr Rüdiger Wilde CDU

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Iris Burchardi

Herr Thomas Funk Fraktionslos

Beratende Mitglieder Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

Ratsfrau Brunhilde Gromball FDP

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler

Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus

Herr Stephan Theo Hammer

Herr Andreas Fritz

Herr Christian Hayer

Frau Myriam Hein

Herr Peter Meltzer
Herr Christopher Rehnert
Herrn Dirk Romczykowski
Herr Jens-Peter Sterz
Frau Andrea Wunderlich
Frau Pauline Hirt

Vertreterin für Herrn Rotter

Schriftführung:

Herr Michael Wittwer

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Susanne Mewes	CDU
Ratsfrau Ilona Bartocha	BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN	
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke	SPD
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP
Ratsherr Michael Meyer	CDU

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Martin Kornau	Fraktionslos
--------------------	--------------

Verwaltung:

Herr Dieter Rotter

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

1. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern sowie Ausschussmitgliedern

2. Öffentliche Fragestunde

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

3. Berichts- und Beschlusskontrolle

4. E-Ladeinfrastrukturkonzept

4.1. Vortrag durch das Planungsbüro Mobilitätswerk GmbH

Herr Hayer erläutert kurz den Hintergrund für die Erstellung des Ladeinfrastrukturkonzepts. Anschließend hält Herr René Pessier von der Mobilitätswerk GmbH aus Dresden einen ausführlichen Vortrag zu dem Thema.

Frau Burchardi vom ADFC stellt zu dem Vortrag mehrere Fragen, diese wurden im Ratsinformationssystem eingestellt.

Herr Weiland von der CDU hält das Konzept in dieser Form nicht für beschlussfähig da mehrere Punkte nicht stimmig sind, bzw. widersprüchlich.

4.2. Änderungsantrag Die Linke - E-Ladeinfrastrukturkonzept

Herr Stenda von der Fraktion die Linke hat nach kurzer Unterweisung des Vorsitzenden Herr Dregger den Änderungsantrag zurückgezogen.

4.3. E-Ladeinfrastrukturkonzept für die Stadt Lüdenscheid Vorlage: 038/2026

Herr Kahler von der CDU möchte den Antrag zurück an die Fraktionen verweisen, um diverse offene Fragen zu klären.

Der Antrag wurde vom Bau- und Verkehrsausschuss einstimmig an die Fraktionen zurückverwiesen.

5. Haushalt 2026/2027

Der Haushalt 2026/2027 wird vom Bau- und Verkehrsausschuss mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	3

5.1. Haushalt 2026/2027 inkl. Änderungslisten

5.1.1. Änderungsantrag CDU und SPD - Wirtschaftliches Bauen

Herr Haarhaus weist darauf hin, dass demnächst Änderungen in der Formulierung gemacht werden, um präzisere Angaben in den Beschlüssen machen zu können.

Der Änderungsantrag wird vom Bau- und Verkehrsausschuss mit 2 Gegenstimmen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	0

5.1.1.1. Änderungsantrag Die Linke - Wirtschaftliches Bauen

Der Änderungsantrag der Linken wird mit einer Ja Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	14
Enthaltungen:	0

5.1.2. Änderungsantrag CDU und SPD - Objektbezogene Gebäudewirtschaftsplanung

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Beschlussvorlage wird vom Bau- und Verkehrsausschuss mit einer Gegenstimme beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

5.1.2.1. Änderungsantrag Die Linke - Objektbezogene Gebäudewirtschaftsplanung

Der vorliegende Änderungsantrag der Linken wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	14
Enthaltungen:	0

5.1.3. Änderungsantrag CDU und SPD - Berichtspflicht Großprojekte

Herr Kallweit schlägt vor, den Änderungsantrag der Linken in geänderter Fassung in den Beschlussvorschlag der SPD/CDU mit zu übernehmen und unter den Punkt Risikoanalyse die Punkte Arbeitsbedingungen und Ökologie mit aufzunehmen.

Der Änderungsantrag wird vom Bau- und Verkehrsausschuss einstimmig beschlossen

5.1.3.1. Änderungsantrag Die Linke - Quartalsweise Berichtspflicht

Der Änderungsantrag der Linken wird vom Bau- und Verkehrsausschuss einstimmig beschlossen und mit in den Änderungsantrag der CDU/SPD mit übernommen unter dem Punkt Risikoanalyse.

5.2. Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 einschließlich Haushaltssicherungskonzept hier: Änderungsliste Fachbereich 3 – Bürgerservice/Soziale Hilfen Vorlage: 176/2026

Die Beschlussvorlage wird vom Bau- und Verkehrsausschuss mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

6. Vergabe von Ingenieurleistungen zur Straßenplanung und zum Straßenausbau der Straße Im Stoberg über 100.000 € Vorlage: 157/2026

Herr Staubach von der AFD schlägt vor, erst die Ausschreibung abzuwarten und erst dann die Vergabe zu tätigen.

Der Vorsitzende Herr Dregger, erläutert, dass erst diese Freigabe erteilt werden muss, um eine Ausschreibung machen zu können. Des Weiteren wurde die übliche Vorgehensweise erklärt, dass nach einer erfolgten Ausschreibung auch die Vergabe direkt erfolgt.

Herr Hammer erklärt, dass die Stadt als Auftraggeber an das öffentliche Vergaberecht gebunden ist und dass das wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag erhält. Er appelliert auch um eine schnelle Freigabe der beantragten Mittel, um zeitnah planen und bauen zu können. Nach Anfrage des Vorsitzenden Herr Dregger hat die AFD den Antrag zur Änderung des Beschlussvorschlags zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

7. Neubau der Grundschule Lösenbach – Integration der Ergebnisse der „Phase Null“ in die weitere Projektumsetzung Vorlage: 167/2026

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Die Beschlussvorlage wird vom Bau- und Verkehrsausschuss einstimmig beschlossen.

8. Grundschule Lösenbach – Sachstandsbericht zu den Bestandsuntersuchungen des Lehrschwimmbeckens und der Turnhalle Vorlage: 168/2026

Herr Weiland merkt an, dass es doch in Zukunft eine einheitliche Vorgehensweise zur Planung und Überprüfung von Gebäuden geben soll.

Dazu erklärt Herr Haarhaus die unterschiedliche Vorgehensweise in diesem Fall.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

9. Anpassung der Beschlusslage zur baulichen Entwicklung der Westschule Vorlage: 166/2026

Die CDU beantragt die Verweisung an den Finanzausschuss ohne eigene Entscheidung.

Herr Staubach sagt, dass die AFD diese Entscheidung unterstützt, da Sie auch Bedenken bei dieser Vorlage haben.

Der Bau- und Verkehrsausschuss hat einstimmig beschlossen die Vorlage ohne eigene Entscheidung an den Finanzausschuss zu verweisen.

10. Erstellung von Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards (BQA) für kommunale Hochbaumaßnahmen Vorlage: 165/2026

Herr Haarhaus schlägt zum aktuellen Verfahren vor, einen Teil der Beschlussvorlage den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, sodass sich alle im Vorfeld damit auseinandersetzen können, da es ein umfangreicheres Schriftstück werden wird. Damit man vorher darüber diskutieren kann, bevor es im nächsten Bau- und Verkehrsausschuss eingebracht wird.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**11. Sachstandsbericht OGS-Ausbau Knapper Schule
Vorlage: 153/2026**

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**12. Durchführung von Vergabeverfahren der SHBP mit einem Auftragswert von über 500.000 €
Totalunternehmervergabe für den Neubau der Grundschule Lösenbach –
Vergabegenehmigung sowie Freigabe der Eignungs- und Auswahlkriterien
für den Teilnahmewettbewerb (1. Verfahrensstufe)
Vorlage: 159/2026**

Herr Kallweit fragt nach, ob bei der Vergabe auch der Faktor Zeit ein Kriterium ist.

Frau Hein bestätigt, dass der Faktor Zeit in der 2. Verfahrensstufe vorgesehen ist und dies auch ein Zuschlagskriterium sein wird.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Die Beschlussvorlage wird vom Bau- und Verkehrsausschuss einstimmig beschlossen.

**13. Vergabeverfahren der ZGW mit einem Wert von über 100.000 €
hier: Ausbau Grundschule Tinsberg - Vergabe von Architektenleistungen im
2. Bauabschnitt und Modernisierung von 3 Aufzügen im Rathaus
Vorlage: 175/2026**

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Die Beschlussvorlage wird vom Bau- und Verkehrsausschuss einstimmig beschlossen.

**14. Vergabe von Postdienstleistungen
Vorlage: 125/2026**

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Die Beschlussvorlage wird vom Bau- und Verkehrsausschuss mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

**15. Vorabinformation für ein neues Konzept zur Verlängerungs- und Verkaufsstrategie von Erbbaurechten und Erbbaugrundstücken
Vorlage: 179/2026**

Herr Kahler von der CDU schlägt die Ergänzung vor, dass der Verkauf von Erbbaugrundstücken grundsätzlich auch an Dritte ermöglicht werden soll.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**16. Schiedsamtswesen – Niederlegung Schiedsamt Bezirk I sowie Ergänzende Stellvertreterregelung für die Bezirke I, II, III und IV
Vorlage: 177/2026**

Es ergeben sich keine weiteren sachverändernden Wortmeldungen.

Die Beschlussvorlage wird vom Bau- und Verkehrsausschuss einstimmig beschlossen.

**17. Verkehrsüberwachung in der Zeit der Brückensperrung
Vorlage: 150/2026**

Herr Kessler bedankt sich bei seinen Mitarbeitern für die gute Mitarbeit zur Zeit der Brückensperrung, sowie der guten Zusammenarbeit mit dem Bau- und Verkehrsausschuss und deren Unterstützung. Des Weiteren berichtet Herr Kessler von einem Telefonat mit einem Prokuristen einer überregionalen Spedition, der sich überaus positiv über die geleistete Arbeit der Mitarbeiter der Verwaltung ausgesprochen hat. Herr Kallweit schließt sich der positiven Bewertung an.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

18. Antrag der AfD-Fraktion zur Überarbeitung des Lüdenscheider Wärmeplans

Herr Staubach von der AfD berichtet, dass aus der Presse zu entnehmen war, dass der Wärmeplan der Stadt Lüdenscheid nicht ausreichend ist und eine erhebliche Belastung für die Bürger darstellt. Daher schlägt die AfD den Einsatz von Holzgasblockkraftwerken vor. Diese können mit den verbliebenen Bäumen, die nach einem Holzeinschlag übrigbleiben, befeuert werden. Auch könnten die heimische Holzwirtschaft sowie Grundstückseigentümer ihre Holzbestände dort verkaufen. Herr Staubach hält einen kurzen Vortrag über die Vorteile der Bewirtschaftung der Holzflächen.

Nach einer kontroversen Diskussion wird abgestimmt und der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	12
Enthaltungen:	0

19. Vortrag zum Thema Zivile Verteidigung: Einführung in die Thematik - Aufgaben - Auswirkungen für die Stadt Lüdenscheid

Herr Romczykowski hält einen umfassenden Bericht über die aktuellen und zukünftigen Aufgaben des KIB, über den zivilen Verteidigungsfall und Zivilschutz.

Herr Stenda fragt nach, ob für die neuen Aufgaben der Kommunen auch Gelder vom Bund bereitgestellt werden.

Herr Kessler erklärt, dass es sich zwar um bestehende Aufgaben handelt, die Kommunen aber zur Bewältigung dieser Aufgaben finanzielle Unterstützung brauchen.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

20. Berichtswesen

20.1. Schriftliche Berichte

20.1.1. Bericht zum aktuellen Parkraummanagement

Herr Weiland fragt nach, ob die Thematik des Parkraummanagements nicht eher zur Verkehrsplanung gehören muss, da der Bericht der Parkraumbewirtschaftung eine operative und das Parkraummanagement eine strategische Komponente beinhaltet.

Herr Hammer führt aus, dass der kürzlich beschlossene politische Antrag zum Thema „Parkraummanagement“ die Verwaltungsspitze veranlasst hat, sich mit einer fachlichen Zuordnung von Aufgaben und Zuständigkeiten dieses Themenkomplexes zu befassen, um in der Folge entsprechende organisatorische Festlegungen zu treffen. Für den Fachdienst „Verkehrsplanung und -lenkung“ macht der Fachbereichsleiter deutlich, dass innerhalb der zugrundeliegenden Geschäftsverteilungspläne die jüngst beschlossene Aufgabe „Parkraummanagement“ gegenwärtig nicht festgelegt ist.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

20.1.2. Sachstand zur Turnhalle Hauptschule Stadtpark

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

20.1.3. Sachstand zur Turnhalle Grundschule Tinsberg

Herr Meltzer führt zusätzlich noch an: *„Die Prüfstatik liegt zwischenzeitlich vor. Die Ausbauarbeiten der Umkleiden und Toiletten wurden beauftragt und begonnen. Das Leistungsverzeichnis für die Betonsanierung wurde veröffentlicht. Die Arbeiten zur Erneuerung der Trinkwasseranlage schreiten voran. Das Gerüst wie vor Ort ersichtlich wurde um das Gebäude aufgestellt. Ortstermine und Terminabstimmungen mit den Gewerken und Folgegewerken der Dachsanierung haben stattgefunden.“*

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

20.1.4. Sachstand zur Dachsanierung Theodor-Heuss-Realschule

Herr Meltzer führt zusätzlich noch an: *„Der Baubeginn ist für die KW 28, sprich nächste Woche, festgelegt.“*

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

20.1.5. Sachstand zur Aula Geschwister-Scholl-Gymnasium

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

20.1.6. Sachstand zur Turnhalle Zeppelin-Gymnasium

Herr Meltzer führt zusätzlich noch an: *„Die neuen Fenster sowie das neue Heizsystem (Deckenstrahlplatten) wurden ebenfalls vergeben.“*

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

20.1.7. Sachstand zur Turnhalle Adolf-Reichwein-Gesamtschule

Herr Meltzer führt zusätzlich noch an: „Die Genehmigung für den Entwässerungsantrag ist Ende letzter Woche bei der ZGW eingegangen. Nach Kontakt mit dem Fördermittelgeber gibt es aktuell keinen neuen Stand.“

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

20.1.8. Sachstand zu den Chemieräumen Adolf-Reichwein-Gesamtschule

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

20.2. Mündliche Berichte

21. Bekanntgaben

21.1. Schriftliche Bekanntgaben

21.1.1. Streckenbezogene Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 bei schutzwürdigen Einrichtungen

Herr Kahler berichtet über die Lage des Seniorenheims und dass es dort eine Fußgängerampel gibt. Weiterhin sagt er, dass nicht viele Senioren die Weststraße queren, da die Zuwegung zur Knapperstraße sehr steil ist. Daher wäre es wünschenswert dort Tempo 50 zu erhalten.

Herr Kallweit erwidert, dass aus der Vorlage ersichtlich sei, dass es eine rechtliche Vorgabe gibt dort Tempo 30 einzurichten, auch wenn er die 50 km/h unterstützen würde.

Herr Kahler fragt nach, da im Bericht über eine hohe Frequentierung gesprochen wird, wie hoch bzw. niedrig diese sein muss, um das Tempo anheben zu können.

Des Weiteren bitte er bei den zeitlich begrenzten Tempolimits auf einen einheitlichen Zeitraum umzustellen, sodass überall der gleiche Zeitraum gilt, da das für die Verkehrsteilnehmer stark zu Verwirrung führt.

Herr Hayer verweist zunächst auf die grundsätzlichen Regelungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) sowie der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) und erläutert, dass die VwV-StVO vorschreibt, dass sich die zeitlichen Begrenzungen an die jeweiligen Öffnungszeiten der Einrichtungen orientieren müssen. Hierzu legt die Verwaltung ein Zeitfenster ab einer Stunde vor, bis eine Stunde nach der Öffnungszeit der Einrichtung als zeitliche Beschränkung zugrunde. Da die Öffnungszeiten der verschiedenen schutzwürdigen Einrichtungen unterschiedliche Öffnungszeiten haben, ist eine vollständige Vereinheitlichung der zeitlichen Beschränkung nicht möglich.

21.2. Mündliche Bekanntgaben

keine

22. Beantwortung von Anfragen

22.1. Beantwortung der Anfragen der SPD-Fraktion

Die Beantwortung der schriftlichen Anfrage wurde im Ratsinformationssystem hinterlegt.

22.2. Beantwortung der Anfrage der AfD-Fraktion zum Thema Personen mit Flucht- und Schutzstatus

Die Beantwortung der schriftlichen Anfrage wurde im Ratsinformationssystem hinterlegt.

23. Anfragen

23.1. Schriftliche Anfragen

23.2. Mündliche Anfragen

Herr Kallweit fragt im Auftrag der Bürger der Werdohler Straße 102 + 104 nach, ob es mittlerweile einen Sachstand dazu gibt.

Herr Hayer berichtet, dass dem Bürger der Werdohler Straße bereits Auskunft erteilt wurde. Man konnte dem Antrag des Bürgers folgen und wird das Parken in den betreffenden Bereichen zukünftig untersagen.

Gez. Dregger

Gez. Wittwer

Vorsitzender

Schriftführer